NORWEGEN

Selbst entmannt

Der Wohlfahrtsstaat wird fremdenfeindlich: Ein Rechtsaußen gilt als der kommende Mann.

Mal wurde er als „Chamäleon“ verhöhnt, mal als Spinner, und immer wieder sagten ihn die anderen Parteiführer in Oslo politisch tot. Carl Ivar Hagen, 53, hatte es mit seiner Fortschrittspartei bei den Wahlen 1993 gerade mal auf 10 von 165 Parlamentsmandaten gebracht; 4 Abgeordnete scherten ein Jahr später aus Partei und Fraktion aus, der Parteichef handelte ihnen zu diktatorisch.

Nun ist „Karli“ wieder da – Meinungsumfragen sagen ihm bei den Wahlen am 15. September ein Ergebnis von bis zu 20 Prozent voraus. Damit wäre ihm eine Schlüsselrolle im Storting, dem norwegischen Parlament, sicher: ein Rechtsaußen als Stimmenfänger in dem traditionell gemäßigten skandinavischen Wohlfahrtsstaat.

Hagen verdankt seinen Höhenflug vor allem den Schwächen der Traditionsparteien. Die Konservativen, die Anfang der achtziger Jahre eine bürgerliche Koalition anführten, haben es versäumt, sich in der Opposition zu profilieren. Sie wechselten mehrere Male ihren Vorsitzenden und befürworteten, wie auch die sozialdemokratische Regierung, einen EU-Beitritt. Bei der Volksabstimmung im November 1994 votierten dann über 52 Prozent der Norweger dagegen. „Wir haben uns selbst entmannt“, klagte einer der konservativen Abgeordneten.

Als Ministerpräsidentin der Sozialdemokraten regierte zehn Jahre lang Gro Harlem Brundtland. Im Oktober 1996, politikmüde geworden und auf einen hohen Posten bei internationalen Organisationen aus, trat die resolute Dame vom Amt zurück. Kein Nachfolger war aufgebaut.

Der neue Premier Thorbjörn Jagland, 46, gilt eher als Apparatschik denn als Ideengeber und hatte bislang wenig Fortüne. Eine Steueraffäre und schmutzige Tricks der im Kalten Krieg mächtig gewordenen Geheimpolizei trieben zwei seiner Parademinister aus dem Amt: Er selbst geriet in den Ruch, einst als Jungsozi enge Kontakte zu Osloer KGB-Residenten gepflegt zu haben.

NTB / ACTION PRESS

Parteiführer Hagen: *Appell ans Nationale*

Das größte Problem des wenig populären Ministerpräsidenten jedoch, analysierte neidvoll die schwedische Zeitung ARBETET, „ist zu viel Geld“. Norwegen hat keine Staatsschulden, die Wirtschaft floriert, die Inflation ist niedrig, die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp vier Prozent. Für bestimmte öffentliche Pflichtaufgaben, vor allem in der Kranken- und Altenfürsorge, müssen Fachkräfte in den skandinavischen Nachbarländern angeworben werden.

Die regierende Arbeiterpartei kann nicht vermitteln, warum sie mit den Milliarden knausert, die aus den Öl- und Erdgasfeldern in der Nordsee üppig in die Osloer Staatskasse schwappen. Ihr Hinweis, daß eine Haushaltsaufblähung vor zehn Jahren rasch die Inflation und Arbeitslosigkeit hochtrieb, findet vor allem bei der ständig steigenden Schar der Volkspensionäre wenig Verständnis. Sie müssen in dem Hochpreisland jährlich mit 69 000 steuerfreien Kronen (17 000 Mark) auskommen und klagen über eine miserable Krankenversorgung.

Die Vorsitzenden der Christlichen Volkspartei, der Liberalen und der Zentrumspartei, die sich gleich mit zwei Kandidaten als Regierungsalternative aufplustern, obwohl sie es laut Umfrageumrechnungen gerade mal auf etwa 40 der 165 Mandate bringen werden, versuchen, die Wähler mit der Forderung von Rentenaufstockung zu ködern – mit geringem Erfolg. Volkstribun Hagen ist nicht nur redegewandter, sondern gibt seinen Angriffen auf die Regierungsgenossen wie seinen Wahlversprechen auch jenen Drall, der bei Alten wie Jungen ankommt: Karli appelliert an nationales Selbstgefühl und unterschwellige Fremdenverachtung.

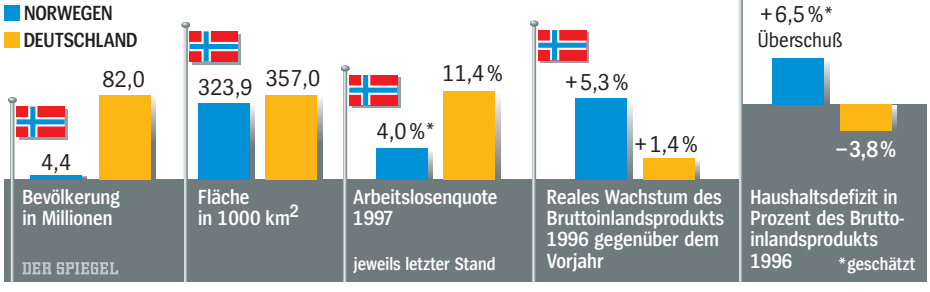
Als Jagland beim Direktduell mit Hagen im Haus des Volkes in der alten Königsresidenz Trondheim zusagte, in der nächsten Legislaturperiode 30 Milliarden Kronen extra für Alte und Kranke bereitzustellen, hatte Karli nur Spott übrig: „Das versprecht ihr vor jeder Wahl, um danach statt dessen Milliarden an Jassir Arafat zu verschenken.“

Hagen will die aufgehäuften Ölgelder umgehend ausgeben. Er will das Benzin um ein Drittel verbilligen und schrittweise die Einkommen- und Vermögensteuer abschaffen. Außerdem plädiert er für eine drastische Verschärfung der Gefängnisstrafen für Wiederholungstäter.

Rauschenden Beifall, und nicht nur von seinen Getreuen, erhält Hagen, wenn er die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik geißelt. Das Grobe überläßt er Gehilfen, die sich zur Behauptung versteigen, daß „das Land offenliegt für moslemischen Fundamentalismus“. Hagen fordert, Einwanderer „müssen Norwegisch lernen, bevor sie die Staatsbürgerschaft erhalten“. Denn: „Wir wünschen uns in Norwegen eine homogene Bevölkerung.“

Wegen seiner Law-and-Order-Parolen und Xenophobie ist Hagen mit dem österreichischen Scharfmacher Jörg Haider und dem französischen Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen verglichen worden. Geschadet hat ihm das nicht. „Fremdenfeindlichkeit ist eine Realität“, erkannte die Osloer Zeitung AFTENPOSTEN und mahnte die Traditionsparteien, sich wirksamere Taktiken auszudenken, um dem eloquenten Agitator zu begegnen.

Als einziger hat der bislang so glücklose sozialdemokratische Regierungschef Jagland diesen Rat befolgt. Er hat im Wahlkampf die anderen Parteien weitestgehend ignoriert und Hagen als Wegbereiter der „neuen Rechten“ zum ideologischen Hauptgegner geadelt. Die bürgerlichen Traditionalisten waren entsetzt. Das sei, erregt sich der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei, „geradezu verrückt“.

Jagland aber könnte es schaffen, so weiter an der Macht zu bleiben; Hagen dürfte Chef der größten Oppositionspartei werden. ◆

Reiches Land im Norden